

Diese Demo gehört verboten

Das Demonstrationsrecht ist hierzulande ein hohes Gut. Darüber brauchen wir nicht zu reden. Wenn aber der Hintergrund einer Demonstration der ist, sich für die Eroberung einer Stadt und die Vernichtung eines Staates auszusprechen, dann ist die Rote Linie überschritten.

„Der al-Quds-Tag, (Internationaler Jerusalemtag‘, nach dem arabischen Namen für Jerusalem, al-Quds) ist in der Islamischen Republik Iran ein gesetzlicher Feiertag. Er wird alljährlich zu staatlich organisierten Massendemonstrationen gegen Israel genutzt, bei denen die ‚Befreiung Jerusalems von den zionistischen Besatzern‘ gefordert wird.[Auch weitergehende Vernichtungsdrohungen gegen Israel werden regelmäßig ausgesprochen.“

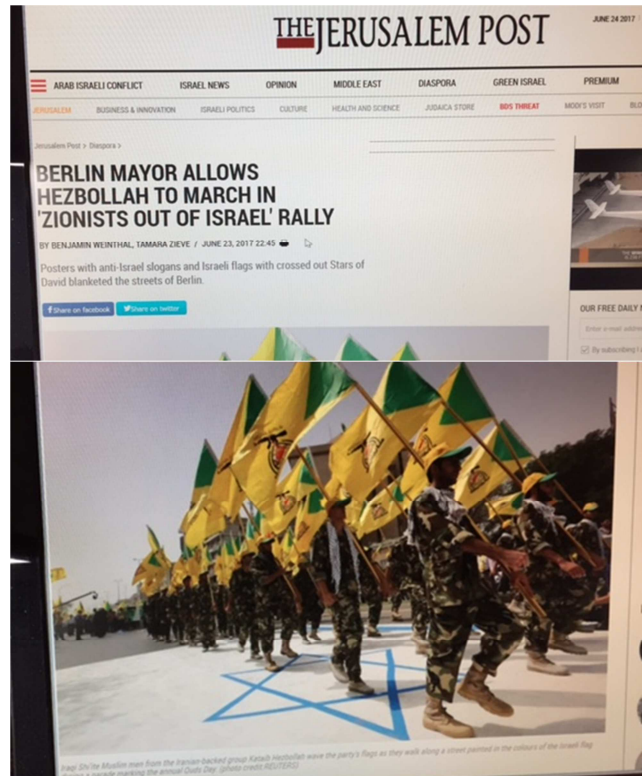
„Der al-Quds-Tag geht auf einen Aufruf des iranischen Revolutionsführers Ayatollah Chomeini zurück. Am 8. August 1979 forderte dieser ‚alle Muslime der Welt und alle muslimischen Regierungen‘ dazu auf, ‚den Usurpatoren und ihren Unterstützern die Hände abzuhacken‘ und am letzten Freitag des islamischen Fastenmonats Ramadan die ‚internationale muslimische Solidarität zur Unterstützung der legitimen Rechte des muslimischen palästinensischen Volkes [zu] erklären‘.“ (Quelle: wikipedia)

„350 radikale Muslime zogen auch wieder durch Berlin. Im Wind wehen die Fahnen von Palästina, dem Iran und dem Libanon. Auf Plakaten – hoch in den bewölkten Berliner Sommerhimmel gereckt – prangen die Gesichter von Massenmördern und Parolen, die voller Hass sind.“, schreibt die BZ.

Hajo Schumacher hat es in seinem Kommentar auf RadioEins am 23. Juni, dem Tag der so genannten Demonstration, ganz klar gesagt, es gehe um den Aufruf, ein Volk zu vernichten, der al-Quds-Tag ist kein Volksfest. Die Demonstration gehöre verboten! Dem kann sich jeder Demokrat anschließen. Wir müssen in Berlin unser Gastrecht für die 350 radikalen Muslime nicht so weit fassen, dass sie sich hier alles erlauben können. Es geht hier zwar um Israel, die Verbotsaufforderung gilt aber auch für jedes andere Land. Wer zur Vernichtung eines Staates und Volkes aufruft, hat auf diesem Globus nichts verloren. Das schön klingende Argument, eine Demokratie müsse sich diese Meinungsäußerung gefallen

lassen, ist Quatsch. Eine Demokratie muss sich eben nicht alles gefallen lassen. Es gibt Grenzen, und diese wurde am 23. Juni mal wieder überschritten.

Es gibt aber auch Grenzen in der Berichterstattung. Dass die Jerusalem Post kritisch über die Demonstration in Berlin berichtet, ist ihr gutes Recht. Journalistisch völlig daneben ist die Aufmachung.



Auch dass die Jerusalem Post den Regierenden Bürgermeister Michael Müller persönlich angreift, ist ihre Sache. Zwischen Überschrift und dem Artikel jedoch dieses Bild zu setzen, ist äußerst fragwürdig, man könnte auch sagen eine Unverschämtheit. Das Foto suggeriert, dass diese Gruppe in Uniformen über die Flagge Israels marschiert, und zwar in Berlin. Da nützt auch die Bildunterschrift nichts, dass „irakisch schiitische muslimische Männer aus der iranisch unterstützten Gruppe Kataib Hisbollah mit Flaggen ihrer Partei winken, während sie eine Straße entlangmarschieren, die in den Farben der israelischen Flagge markiert wurde.“ Der Hinweis, wo sich diese Straße befindet, fehlt. Leicht hätte man sich ein Original-Foto aus Berlin besorgen können. Der Redaktion waren aber wohl alte Männer mit Turbanen zu langweilig. Wer so arbeitet, spielt seinen Gegnern nur in die Hände.

Ed Koch